

Außenpolitik zwischen Krieg und Frieden

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2003
- MUSICA PRO PACE 2003
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück



Klaus Töpfer

Klaus Töpfer, Nairobi

Frieden mit der Natur – Oder sind die ökologischen Katastrophen programmiert?

Festvortrag am 24. Oktober 2003 zum Osnabrücker Friedenstag im Rathaus der Stadt. In Verbindung mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) anlässlich des Tages der Vereinten Nationen

Im Jahr 1648, am Ende eines 30jährigen Krieges, waren auch im Friedenssaal von Osnabrück immense Zerstörungen und Verwüstungen, waren in diesem Landstrich ungezählte Tote zu beklagen: ausgebrannte Städte und Dörfer, geplünderte und verwahrloste Umwelt, viele versehrte und verrohte Menschen. Dann gab ein Friedensschluss, der »Westfälische Friede«, wieder Hoffnung. Er verhiess Aufbau, eine neu durchgesetzte Gesetzmäßigkeit, eine funktionierende Ordnung mit gegenseitigem Respekt und praktischer Humanität. Eine neue Zeit brach an, der Wohlstand wuchs, bis der scheinbar immer sich wiederholende Kreislauf aufs Neue begann:

Immer wieder musste um den Frieden gerungen und die Hoffnung genährt werden, Konflikte durch Dialog und Kompromiss, durch Einsicht und Verhandlung lösen zu können. Immer wieder gab es Enttäuschungen, Niederlagen, Eskalationen und Konfrontationen und das kriegsträchtige Setzen nur auf die eigene Stärke – eine Stärke, die nicht in der gewichtigen Argumentation, sondern in den Gewichten von Bomben und Granaten gemessen wurde. Die Ergebnisse waren immer gleich zerstörerisch. Umso ernsthafter müssen wir uns fragen, wie dieser Teufelskreis durchbrochen werden kann. Denn mit Hass, mit Gedanken an Vergeltung und Rache ist nur Vergiftung, Radikalisierung zu erreichen, aber keine Perspektive für die Zukunft. Zwar kann die Sprache des Krieges »gesäubert« werden; dann redet man von »Kollateralschaden«, »friendly fire« oder »smart bombs«. Aber die körperlichen und geistigen Verletzungen der Menschen bleiben unerbittlich, unverändert.

Haben Kriege jemals bleibend Probleme gelöst? Haben sie nicht immer wieder über scheinbare Lösungen neue Probleme geschaffen, die dann noch schwerer wogen als die, die man beseitigen wollte? Müssen wir nicht auch gesellschaftliche Strukturen erörtern und so verändern, dass Kriegsursachen wirksam entschärft werden können? Am Ende des 2. Weltkrieges bemühte man sich darum. Es war die Geburtsstunde der *Vereinten Nationen*, die aus dem Gedanken entstanden, den Teufelskreis des Krieges zu durchbrechen, indem nicht länger bilaterale Beziehun-

gen und unilaterale Entscheidungen die Zukunft bestimmen sollten, sondern *multi-laterale* Entscheidungsprozesse. Die geschaffenen Strukturen trugen über viele Jahre dazu bei, dass Frieden möglicher wurde. Nicht umsonst und nicht ohne diesen Hintergrund wurde dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Kofi Annan*, und den Vereinten Nationen als Ganzes im 100. Jubiläumsjahr der Alfred-Nobel-Stiftung der Friedensnobelpreis verliehen.

Aber ist nicht eine Welt unweigerlich *latent kriegsgefährdet*, in der 1,2 Milliarden Menschen, also mehr als ein Fünftel der Weltbevölkerung, mit weniger als einem US-Dollar am Tag leben? Müssen nicht die Wohlstandsfestungen in einer polarisierten Welt wie in tektonischen Beben untergehen?

Zu fragen ist, ob nicht unter diesen Bedingungen der Einsatz für ein Ziel, das oft etwas verfremdend als »nachhaltige Entwicklung« bezeichnet wird, *die* vorsorgende *Friedenspolitik* der Zukunft wäre. Die richtige Friedenspolitik für diese Welt zu machen, hieße dann, die weltweite Armut entschlossen zu bekämpfen, für wirtschaftliche Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum einzutreten und zugleich für sozialen Ausgleich, gesellschaftliche Stabilität, Toleranz und Offenheit. Bekämpfung der Armut, das heißt auch Bewahrung der Leistungsfähigkeit der Natur, Erhaltung der Schöpfung, keine Ausbeutung der Natur, kein Raubbau ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Zukunft.

Rücksichtnahme auf Natur muss dabei gar nicht in erster Linie als ethischer Imperativ für Respekt und Achtung vor dem Geschaffenen verstanden werden. Wir wissen, dass dieses Naturkapital dringend notwendig ist, um der Armut als verderblichster Substanz für die Umwelt und für gesellschaftliche Stabilität zu begegnen. Somit ist die Einbindung von Umwelt und Umweltbewahrung in eine nachhaltige Entwicklung doppelt begründet.

Dass damit Sicherheitskomponenten verbunden sind, möchte ich mit einem Wort von US-Außenminister *Colin Powell* verdeutlichen. In *Our Planet*, der Zeitschrift von UNEP, schrieb er unter dem Titel *Only One Earth* im Jahr 2002:

»Nachhaltige Entwicklung ist für die Vereinigten Staaten und für mich persönlich eine moralische und humanitäre Frage. Aber nachhaltige Entwicklung ist auch ein Sicherheitsimperativ. Armut, Umweltzerstörung und Hoffnungslosigkeit sind zerstörerisch für Gesellschaften, für Nationen. Diese unheilige Dreifaltigkeit, diese »unholy trinity«, kann Staaten destabilisieren, ja sogar ganze Regionen.«

Powell gibt den deutlichen Hinweis darauf, dass wir uns mit diesen Fragen sehr genau beschäftigen müssen, wenn wir Ursachen für Spannungen und für Sicherheitsrisiken beseitigen wollen. Dies sind nicht bloß emotionale Fragen, wie sie in entwickelten Ländern gestellt werden und in Afrika gelegentlich den abschätzigen Kommentar hervorrufen: *If you want to be green you have to be white*. Ich fordere keinen »Luxusbeitrag« von den in Saturiertheit und Wohlstand Lebenden. Aber ich will auch nicht das leichtfertige Motto weiterempfehlen: *Let's be rich first and*

clean up later. Wir sprechen nicht von einer Marginalie, sondern von einer künftig zentralen Sicherheitsfrage für diese Welt.

Damit ist der Rahmen für eine zukunftsfähige Entspannungspolitik benannt. Es ist erkennbar, worauf die UN-Charta zielt, wenn sie fordert, nicht nur das Erreichte zu verteidigen, sondern auch dazu beizutragen, den Kolonialismus zu überwinden. Inzwischen ist der *UN-Trusteeship Council*, dem die bei Gründung der Vereinten Nationen noch unter Kolonialhoheit stehenden Gebiete der Welt überantwortet worden waren, ohne Aufgabe, denn alle diese Gebiete wurden aus der Treuhänderschaft entlassen. Erforderlich ist nun, die Charta der Vereinten Nationen weiter umzusetzen, indem Bedingungen geschaffen werden, so dass Nachhaltigkeit und Hilfe für die Menschen gesichert werden können und damit aus tektonischen Spannungen nicht wieder Konflikte entstehen. Diese Definition vorsorgender Friedenspolitik wird umso dringlicher, als die Ursachen von Armut und Unterentwicklung, von Spannungen und Konflikten, nicht zuletzt aus einem sehr unsymmetrischen Umgang mit den Gaben der Natur und dem unterschiedlichen Zugang zu den Reichtümern dieser Welt resultieren.

Zu Recht heißt es: »Die Umwelt ist der Reichtum der Armen«. Man muss aber wissen, dass nur die *intakte Natur* den Menschen geben kann, was Arme nicht kaufen können: Sie gibt ihnen frisches Wasser, Boden für die Produktion von Nahrungsmitteln, die Möglichkeit, Baumaterialien zu gewinnen oder Medizin aus der Natur herzustellen. Gerade wo das Finanzkapital fehlt und das Humankapital vielfach noch nicht ausgebildet werden konnte – oder wo es ausgebildet ist, aber aus einem *brain drain* heraus dort abwandert, wo es eigentlich gebraucht würde –, kommt diesem Naturkapital die besondere Bedeutung einer *Verteilungsfrage* zu. In Deutschland waren es historisch z.B. die Volksparks, die um des sozialen Ausgleichs willen für jene eingerichtet wurden, die nicht die Segnungen der Natur im eigenen Garten genießen konnten.

Überall wo Verteilungspolitik eine Rolle spielt, gibt es Spannungspotentiale, im nationalen Bereich ebenso wie im globalen Bereich. Ein Beispiel: Im Jahr 2001 führte mich eine Reise gemeinsam mit mehreren Umweltministern nach Kolumbien. Die in der Sierra Nevada de Santa Marta lebenden indigenen *Kogi*-Indianer waren bis dahin nicht von dem Armutskriterium der Vereinten Nationen, mit weniger als einem Dollar pro Tag zu leben, erfasst worden, obgleich sie niemals solche Einkünfte gehabt hatten. Sie *brauchten* keine Dollars, weil die Natur ihnen alles lieferte, nämlich Wasser, Nahrungsmittel, Baumaterialien und Medizin und gesellschaftliche Stabilität in einem gewissen Wohlstand. Nun hatte sich das Wetter über mehrere Jahre verschlechtert. Die Niederschläge kamen mit großer Heftigkeit und zu unerwarteten Zeiten, oder sie blieben ganz aus. Für die Menschen stand die Grundlage ihrer Überlebensfähigkeit in Frage. Sie wussten nichts über Klimawandel, sie waren der Meinung, sich versündigt zu haben. Die *Kogi* leben in einer Gesellschaft und Kultur, deren Identität sich nicht durch schriftliche Überlieferung, sondern nur durch mündliche Traditionen erhalten hat. Sie wussten

nicht, dass ihr Schicksal möglicherweise daher rührt, dass in anderen Teilen der Welt über längere Zeit erhöhte CO²-Emissionen ausgestoßen wurden.

Das aber nenne ich eine *ökologische Aggression*: Wir exportieren die Kosten des Wohlstands, andere werden davon betroffen. Und die Wahrscheinlichkeit wird größer, dass diese Informationen die Betroffenen erreichen und sie sich darüber klar werden, dass sie ein Stück der Wohlstandskosten anderer bezahlen. Das lässt sich nicht beschönigen, und diese Wahrnehmung lässt sich auch an vielen anderen Stellen machen. Es verändern sich die Produktivitätsraten der Landwirtschaft, die Bodenqualität; es entstehen extreme Wetterbedingungen mit Stürmen und Niederschlägen unbekannter Intensität und mit großen Folgeproblemen dort, wo wir mit Bodenerosion zu kämpfen haben, ferner mit einer veränderten Bevölkerungsentwicklung und einer Übernutzung der Natur.

Eine vorsorgende Friedenspolitik erschöpft sich nicht darin, Vorsorge vor ›Natur‹-Katastrophen zu treffen. Diese Bezeichnung verschleiert ohnehin den oft durch Menschen beeinflussten bzw. gemachten Ursprung dieser Ereignisse. In Europa ist uns jüngst vor Augen geführt worden, wie ein 100jähriges Regenereignis am Oberlauf unserer Flüsse durch menschliche Veränderungen der Natur zu einem 200jährigen Hochwasserereignis am ihrem Unterlauf werden kann. International haben wir das Staudammprojekt der Chinesen am *Jangtse*-Fluss im Blick. Wer bedenkt, welcher Verlust von Feuchtgebieten und Forstflächen am Oberlauf des Flusses eintreten wird, dass Begradigungen durchgeführt worden sind und dass die Sohle des Jangtse durch Sedimentablagerungen um einige Meter höher liegen wird, wird die hohe Wahrscheinlichkeit großer Überschwemmungen erkennen.

Feuchtgebiete müssen wir natürlich schon unter dem Gesichtspunkt der Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen erhalten. Aber auch der *ökonomische* Nutzen von Feuchtgebieten ist immens, denn Feuchtgebiete sind Aufnahme- und Rückhaltebereiche für Wasser. Sie sorgen mit dafür, dass Wasser in die unteren Bodenschichten eindringen kann, dort das Grundwasser wieder aufgefüllt wird und auf diese Weise bessere landwirtschaftliche Erträge möglich werden. *Environmental services* lautet der Fachausdruck, ›Dienstleistungen der Natur‹, die zwar einen großen Wert darstellen, aber ungleichmäßig verteilt sind. Es herrscht Einigkeit darüber, dass die Regenwälder der Dritten Welt erhalten bleiben müssen – einschließlich der damit verbundenen Aufnahmekapazität für Kohlendioxid und der dort bestehenden Vielfalt biologischer Arten. Das sind Leistungen, die für die ganze Welt erbracht werden, und es wird schwierig werden, den Ärmsten der Armen zu erklären, warum sie zum Nulltarif das erhalten müssen, was andere bei sich zu Hause schon längst zerstört haben.

In Kenia, dem Land, in dem das UNEP-Hauptquartier angesiedelt ist, ist die Zahl der Einwohner von etwa 6 Millionen zur Zeit der Unabhängigkeit auf heute über 30 Millionen angestiegen. Der damit entstandene Bevölkerungsdruck muss aufgefangen werden, denn er erzeugt Spannungen. Diese Verteilungsprobleme sind für mich auch ein zutiefst moralisches, ein ethisches Anliegen. Das gilt nicht

nur für das Klima, sondern auch für das Wasser. Im Jahr 2003 begehen wir das UN-Jahr des Wassers. Wir registrieren eine bedeutende Vermehrung der Nachfrage nach Wasser aus drei Gründen: dem Verstädterungsprozess, der Erhöhung der Bevölkerungszahl und der Industrialisierung vor allem in landwirtschaftlichen Produktionsprozessen. 75% des Süßwassers gehen weltweit weiterhin in die Landwirtschaft. Aber das Wasser an sich wird nicht vermehrt werden. Verbessert werden können nur die Wasserreinigung, die Kreislaufführung und insgesamt die Verwertung von Wasser. Das ist beste Friedenspolitik.

Man soll nicht leichtfertig prognostizieren, die nächsten Kriege würden als Kriege um Wasser geführt. Das Wasser war bisher immer ein Bereich, in dem Menschen zusammenkamen, über Zugang und Verteilung verhandelten und Verträge abschlossen. UNEP hat einen Atlas der bestehenden Wasserverträge erarbeitet: Es gibt in der Welt mehr als 350 *common used-waterbodies* – Oberflächen- und Grundwassereinzugsgebiete, an denen mehr als ein Staat einen Anteil hat – und mehr als 250 Vertragswerke, die solche Bereiche regeln. Manche mögen unzureichend und verbesserungsbedürftig sein. UNEP geht es derzeit in besonderer Weise darum, dort Friedenspolitik zu machen, indem wir nach Art eines Frühwarnsystems auf die Notwendigkeit von Verhandlungen zwischen den Anliegern hinweisen und im Versäumnisfall den möglichen Einsatz von Blauhelmen empfehlen. Evident ist, dass die Oberlieger an einem Fluss eine andere Moral im Umgang mit Wasser haben als die Unterlieger – quantitativ wie qualitativ. Es geht dann darum, zielorientierte Verhandlungsverläufe aufzubauen und auch gezielt zu investieren.

Heute leben etwa 40% der Bevölkerung in Küstenregionen. Viele Megastädte leiten Abwässer ungeklärt in die Meere – mit den entsprechenden sanitären Problemen und hygienischen Gefahren.

Ich will betonen, dass jede Entwicklungspolitik nur erfolgreich sein kann, wenn sie *mit den Frauen* gemacht wird. Das sage ich nicht der politischen Korrektheit wegen, sondern weil sich gezeigt hat, dass Frauen in diesen Anliegen sehr verlässliche Ansprechpartner sind.

Probleme mit Wasserbauwerken gibt es im Übrigen nicht nur in den Entwicklungsländern. Wer z.B. von Mainz aus an den Rhein gelangt, wird kaum einen Ort finden, in dem es nicht eine *Tulla*-Straße oder ein Denkmal für diesen Ingenieur des 19. Jahrhunderts gibt, der die Begradigung des Rheins leitete, die den Rheinlauf um etwa 60 Kilometer verkürzte. Damals war man froh, den Fluss als Schifffahrtsweg besser nutzen zu können und mehr Flächen für Siedlungen und Landwirtschaft zur Verfügung zu haben; alles das war vorteilhaft. Heute kennt man die Kosten, die damit verbunden sind, denn das Abflussverhalten des Rheines ist gründlich verändert. Als Umweltminister des Landes Rheinland-Pfalz hatte ich die Schwierigkeit, den chemischen Unternehmen klarzumachen, dass für die Reinhaltung und die Abwasserklärung mehr zu tun war, als bis dahin geschehen. Dies änderte sich, als die Stadt Rotterdam drohte, vor Gericht zu gehen, weil sie es leid

war, im Schlamm ihres Hafens die gesamten Schadstoffe vom Oberlauf des Rheins zu finden. Der Hafenschlamm war Sondermüll geworden und seine Beseitigung verursachte große Kosten. In Europa war diesem Missstand noch mit dem Hinweis auf eine mögliche gerichtliche Klärung zu begegnen; in anderen Regionen müssen Protokolle erstellt, müssen ratifizierte Konventionen umgesetzt werden, um derartige Probleme anzugehen.

Mehr und mehr entstehen daraus Rechts- und Sicherheitsthematiken. In Indien gab es z.B. den Plan, den vom Himalaja herunter nach Bangladesch fließenden Brahmaputra umzuleiten, was natürlich internationale Verwicklungen erzeugen würde. Am russischen Aralsee sind die Folgen einer veränderten Wasserzufuhr bereits eingetreten. Benötigt werden und förderungswürdig sind auch im Sinne einer vorsorgenden Sicherheitspolitik vor allem Investitionen in Wasserrecycling, und zwar in naturnahe Konzepte der Abwasserreinigung. Unsere Möglichkeiten kapitalintensiver Klärtechniken werden wir in den Superstädten der Dritten Welt nur schwer umsetzen können. Sie sind zu teuer und auch zu energie-intensiv. Wir brauchen also naturnähere Kläranlagen, nicht weil wir ein ›grünes Gewissen‹ haben, sondern weil es zur Lösung dieser Probleme die beste Alternative darstellt.

Wir müssen uns auch um die Randmeere der Ozeane sorgen. Dazu dient ein UNEP-Programm für den Schutz der Küstenmeere, das vornehmlich auch der Sicherung der Fischbestände dienen soll. Wir haben einen Atlas der Korallenriffe herausgegeben, denn diese Lebensräume stellen so etwas wie die Regenwälder des Meeres dar; sie haben unglaublich vielfältige Funktionen. Wir wollen nicht die Natur vor den Menschen verschließen; wir möchten sie so geschützt wissen, dass sie erhalten bleibt, aber auch für die Menschen, die dort leben, Möglichkeiten der Nutzung bietet. Dasselbe ist im Hinblick auf die riesigen Seegrassfelder zu sagen, die Futterriesen des Meeres, ein faszinierender Lebensbereich. Allmählich erkennen die Entwicklungsländer, dass dies ihre Stärke, ihr Reichtum ist: Natur als der Reichtum der Armen.

Wir wollen mehr als nur darauf hinweisen, dass von Menschen gemachte Naturkatastrophen drohen. Wir wollen auch frühzeitig helfen, sie bewältigen zu können. Dazu werden wir in den Vereinten Nationen künftig nicht nur Blauhelme benötigen, sondern vornehmlich und zunehmend *Grünhelme*. Arbeiten sie erfolgreich, dann werden wir immer weniger Blauhelme einsetzen müssen. Das ist vorsorgende Friedenspolitik.

Wir sind Zeuge der Tatsache, dass die Gletscher schmelzen und dass die Eiskappen in den Polargebieten jährlich etwa 3,5 Millionen Kubikkilometer Eis verlieren. Dies geschieht *heute*, nicht erst in 50 Jahren! Es schmelzen vor allem so genannte Permafrostböden, d.h. dauerhaft gefrorene Böden vornehmlich in Sibirien. Das hat weitreichende Konsequenzen, denn alle dort errichteten Gebäude wurden in der Annahme eines festen Untergrunds gebaut. Es ist leicht vorstellbar, welche Konsequenzen es für die Baukörper hat, wenn der Untergrund weich wird. Hinzu kommt noch der so genannte *runaway effect of climate change*: In den

Dauerfrostböden ist sehr altes Methan gebunden, das beim Auftauen der Böden freigesetzt wird und einen verstärkenden Effekt auf den Klimawandel hat.

Bei einem Klimawandel werden wir nirgends Gewinner, sondern überall nur Verlierer finden. Wir werden darüber natürlich Auseinandersetzungen führen müssen, wie die Folgen verteilt und aufgefangen werden, die relativ schnell eintreten werden. Wir stellen bereits heute Wüstenbildungen fest und die Veränderung von Böden.

Prognosen sollen in der Regel Anstöße zum Handeln geben. Vielfach wird aber Skepsis laut, und man wird z.B. auf die Studie über die »Grenzen des Wachstums« des *Club of Rome* in den 1970er Jahren verwiesen, deren düstere Prognosen nicht eingetreten seien. Die beste Prognose ist für mich aber eine, die widerlegt wird, indem die Menschen *handeln*, um ihr Eintreten zu verhindern. Der hämische Hinweis, die Ökologen seien immer die Propheten des Untergangs und entgegen ihren Voraussagen sei z.B. das Waldsterben nicht eingetreten, ist unangebracht. Dass man damals investiert hat, dass heute jeder ein Auto mit Katalysator fährt, dass wir Kohlekraftwerke mit Anlagen zur Rauchgasentschwefelung und Entstickung haben, sind Reaktionen auf die damaligen Prognosen. Wir müssen uns darüber klar werden, dass Informationen über absehbare zukünftige Entwicklungen, dass Frühwarnsysteme und Prognosesysteme gebraucht werden, um gezielte Investitionen und zusätzliche Steuerungsmaßnahmen möglich zu machen.

Dass die Naturverhältnisse für die Frage des Entstehens von Spannungen und Kriegen eine große Rolle spielen, lässt sich auch am Umgang mit den Natur- und Bodenschätzen erkennen. In den sechs Jahren, die ich jetzt schon in Afrika lebe, begegnet mir oft das Vorurteil, die Afrikaner seien es selbst, die ständig Bürgerkriege entfachten. Die Spannungen, an die hier zu denken ist, werden aber gerade daraus gespeist, dass europäische und andere westliche Staaten ein hohes Interesse haben, die dort vorhandenen Bodenschätze für sich nutzbar zu machen. Beispiele wären in Angola die Auseinandersetzungen mit Blick auf Diamanten und Öl; in Asien die rücksichtslose Ausbeutung der Wälder – etwa in Kambodscha im Wert von jährlich 240 Millionen Dollar. Bei UNEP in Nairobi tagt eine Arbeitsgruppe des UN-Sicherheitsrates, die die Zusammenhänge zwischen dem Vorkommen von Bodenschätzen und der Wahrscheinlichkeit von kriegerischen Auseinandersetzungen untersucht. Die UNO kümmert sich also um diese Zusammenhänge und Bedingungen.

Nicht zuletzt ist neben den Menschen die Natur selbst auch Opfer eines Krieges bzw. eines Konfliktes, was wiederum das Leiden für die von kriegerischen Konflikten betroffenen Menschen verstärkt und verlängert. Nur wenige werden es wissen: Seit dem Jahr 2000 ist der 6. November von den Vereinten Nationen als der »Internationale Tag zur Verhinderung der Ausbeutung von Natur und Umwelt im Krieg und in bewaffneten Konflikten« erklärt worden. Grund dafür war die Beobachtung, dass die Umwelt in kriegerischen Auseinandersetzungen zunehmend in »Geiselhafte« genommen wird. Unüberschaubare Probleme können entstehen,

wenn z.B. chemische Anlagen von Zerstörungen betroffen werden. Unkontrollierte Brände auf Ölfeldern können unabsehbare Folgen für die Umwelt nach sich ziehen. Große Menschenmengen werden zu Flüchtlingen. So leben im Norden Kenias 125.000 Menschen vornehmlich aus Somalia und Sudan seit knapp 10 Jahren in drei Flüchtlingslagern. Der tägliche Bedarf an Feuerholz dort beträgt mehr als ein Kilo. Pro Tag werden also über 125.000 kg Feuerholz in dieser Region geschlagen. Die Spannungen mit den dort lebenden Menschen und die Belastungen für die Natur sind für jeden vorstellbar. UNEP unternimmt große Anstrengungen, das zu verändern. Es ist freilich kulturell außerordentlich schwierig, die Menschen auf den Gebrauch neu entwickelter, kleiner Sonnenöfen zu orientieren, denn für sie ist das Feuer viel mehr als nur die Wärmequelle für die Erzeugung einer Mahlzeit. Es hat eine spirituelle, kulturelle Bedeutung, die es unverzichtbar macht. Wir haben es also neben vergifteten Quellen, verunreinigten Böden und Flüssen, den Rückwirkungen von Chemie, von zerstörten technischen Anlagen auch mit *kulturellen* Konfliktlagen zu tun.

Diese Schäden an der Natur haben natürlich enorme Konsequenzen auch für den Aufbau, für die Wiederherstellung von Verständigung von Menschen nach kriegerischen Konflikten. Wir bemühen uns, die Naturgegebenheiten als etwas Gemeinsames, als verbindendes Element zu berücksichtigen. Eine neue Arbeitseinheit von UNEP, genannt *post-conflict assessment*, dient der Nachkriegsbewertung von Umweltschäden. Damit haben wir auf dem Balkan begonnen und in Afghanistan weitergemacht. Jetzt sind wir im Irak, sehr viel in den besetzten palästinensischen Gebieten und zunehmend in Afrika. Hier nehmen die Aufgaben zu, das ist die traurige Wahrheit.

Wir haben es also mit einem dreifachen Problemkomplex zu tun: *Erstens* entstehen Kriegsgefahren und Katastrophengefahren in den verschiedensten Bereichen aus der *Abwälzung von Umweltkosten*, die durchaus bewältigt werden könnten, wenn geschlossen und entschlossen gehandelt würde. Wir sehen, dass *zweitens* die *Umwelt als Ressource* selbst mit kriegsauslösend sein kann, so wie an vielen Stellen bis in die jüngste Zeit hinein geschehen, und *drittens* müssen wir registrieren, dass *Umwelt als Waffe*, als Geisel, genutzt wird – nicht nur um kurzfristiger Wirkungen willen, sondern auch, um später Vorteile zu erlangen. Daher ist es ein Sicherheitsimperativ, vorsorgende Friedenspolitik zu betreiben, und es ist nur zu begrüßen, dass dies gegenwärtig auch in der Reformdebatte der Vereinten Nationen aufgegriffen wird. In den dort geführten Diskussionen wird verstärkt die Überlegung eingebracht, ob neben dem Sicherheitsrat, so wie er jetzt besteht, ein weiterer »Sicherheitsrat für nachhaltige Entwicklung«, also für Umwelt, Soziales und wirtschaftliche Entwicklung eingerichtet werden sollte. Dieser müsste es der UNO ermöglichen, sich für wirksame Abrüstung einzusetzen und Sanktionen gegen Fehlentwicklungen in diesen Bereichen anzudrohen, um den veränderten Kriegsursachen künftig wirkungsvoller begegnen zu können. Wir alle sollten uns darüber im Klaren sein, dass wir dieser globalisierten Welt massivste Probleme

hinterlassen, wenn wir keine Zustimmung für ein multilaterales Regelungssystem erzielen. Nicht die Stärke im militärischen Bereich wird entscheiden, sondern die Überzeugungskraft, dass wir die mit der Entwicklung der Menschheit verbundenen Probleme wirklich bewältigen können. Ich bin ein großer Anhänger des Philosophen *Hans Jonas*; von seinem »Prinzip Verantwortung« sollten wir uns leiten lassen.

Publikum: Herr Töpfer, Sie haben gesagt, es sei sinnvoll und notwendig, *globale* Maßnahmen zu treffen. Ein Instrument, das zur Zeit diskutiert wird, ist der Handel mit *Emissionsrechten*. Welche Perspektiven bietet dies?

Publikum: Herr Töpfer, Sie fordern einen Geist des Multilateralismus mit einem entsprechenden Regelwerk, das sowohl national als auch international getragen wird und ausgebaut wird. Die Ideologie der Globalisierung empfiehlt aber genau das Gegenteil, nämlich Regelwerke zu minimieren, zu liberalisieren, zu privatisieren, sogar sie abzuschaffen und alles dem Markt zu überlassen. Diese Ansicht teilen inzwischen mehr oder weniger alle Parteien. Der Emissions-Zertifikathandel gehört aus meiner Sicht genau zu den Maßnahmen, für die diese Ideologie empfiehlt, alles dem Markt zu überlassen. Dagegen steht der Bedarf nach sowohl nationaler als auch internationaler Regelung durch die Staaten.

Publikum: Herr Töpfer, die Vereinten Nationen gelten als eine wenig effiziente Behörde und auch UNEP war, bevor Sie dort waren, nicht gerade die effizienteste Behörde. Sie haben aus UNEP eine sehr viel effizientere Institution gemacht. Wie lässt sich eine solche vor sich hindümpelnde Institution »auf Vordermann« bringen und wie sehen Sie das im Kontext weiterer Reformbemühungen für die Vereinten Nationen? Das Image der Vereinten Nationen ist verbesserungsbedürftig, und solche Anstrengungen sind von entscheidender Bedeutung, wenn die Vereinten Nationen künftig wirkungsvoll Aufgaben übernehmen wollen.

Klaus Töpfer: Als ich 1998 zu den Vereinten Nationen kam, hielt ich die deutsche Bürokratie für ein Beispiel an Undurchsichtigkeit und Inflexibilität. Heute weiß ich: Die deutsche Verwaltung ist sehr effizient. Aber was verstehen wir unter Effizienz? In Nairobi leite ich eine Organisation, in der Mitarbeiter aus etwa 80 Nationen arbeiten, deren Vorstellungen von Verwaltung und Administration durchaus unterschiedlich sind. Aber wir bringen sie zusammen und müssen mit der Situation umgehen: Wir sprechen z.B. meist abfällig über das afrikanische *Palaver*, das dort einer der gesellschaftlich akzeptierten Wege ist, Gemeinschaftlichkeiten zu entwickeln. Ehe in Afrika, besonders auf kommunaler Ebene, etwas durch eine Abstimmung entschieden wird, bemüht man sich intensiv, auf anderem Weg Übereinstimmung zu erzielen. Bei UNEP ist unter diesen Umständen ein Niveau von Effizienz, wie es in einem homogenen Kulturkreis erreichbar wäre, kaum möglich.

Aber auch das gehört zu den Aufgaben der Vereinten Nationen: die Ausbildung von Kapazitäten, ein *capacity building*, zu leisten. Wir müssen noch vieles entwickeln, was auch bedeutet, in die Menschen zu investieren. Leider ist es einfacher, in *hardware* zu investieren, und man bekommt eher Geld für den Straßenbau als für die *software*, also für die Qualifizierung von Menschen. Das Problem z.B. mit erneuerbaren Energien in Afrika ist nicht, dort Solar- oder Windenergie zu gewinnen, sondern dass wir nicht genügend Handwerker und Kleinunternehmer haben, die die Anlagen errichten, beaufsichtigen und reparieren können. Das ist in Europa selbstverständlich: Wer bisher schon als Elektromeister tätig war, ist schnell in der Lage, Solaranlagen auf den Dächern zu installieren. Diese Kapazitäten in den Entwicklungsländern mit zu entwickeln, ist wichtig für die Zukunft.

Natürlich müssen wir uns fragen, ob unsere Programme zukunftsfähig sind. Es ist in Deutschland leicht, eine starke Organisation im Umweltbereich zu fordern, die einen Gegenpart zur Welthandelsorganisation WTO darstellen kann. Das wird überall mit Beifall bedacht. In den Entwicklungsländern aber wird von vielen gesagt, dass die Umweltpolitik der entwickelten Länder Hemmnisse für die Entwicklung des eigenen Handels darstellt. Damit muss man sich auseinandersetzen, wenn die Menschen gewonnen werden sollen, und das gilt auch für marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente.

Wer aber glaubt, dass die Nutzung marktwirtschaftlicher Entwicklung wenig Bürokratie erfordert, dem empfehle ich die nähere Beschäftigung damit. Eine Ökosteuer z.B. ist nicht ohne aufwendige Bürokratiestrukturen, ohne Gesetzgebung und staatliche Entscheidungen machbar. Da geht es nicht um die Überlassung der Entwicklung an die Märkte, sondern darum, flexible Instrumente in einem von uns zu bestimmenden System optimal zu nutzen. Man muss z.B. fragen, ob im Falle von *Kohlendioxid*-Emissionen so verfahren werden kann, wie beim *Schwefeldioxid* geschehen, wovon jeder Schornstein nur 400 mg emittieren darf. Bei Schwefeldioxid und Stickoxiden ist das Problem nicht die Emission, sondern die Immission und der daraus sich ergebende Schaden für die Betroffenen. Beim Kohlendioxid, dem CO^2 , ist allein die Emission das Problem: völlig gleichgültig, wo es auf der Welt emittiert wird, hat es dieselbe Wirkung fürs Klima. Nun kann man realistisch und vernünftig fragen, wo diese Emission wirtschaftlich günstig, d.h. mit den geringsten zusätzlichen Kosten, vermieden werden kann. Die Tatsache, dass wir fragen, wo es am billigsten ist, bedeutet noch keine Kapitulation vor der neoliberalen Markttheorie. Ich bin überzeugt, dass wir für moderne Gesellschaften eine *soziale* Marktwirtschaft brauchen, und nicht eine *freie* Marktwirtschaft, und dass diese soziale Marktwirtschaft durch eine *ökologische Komponente* ergänzt werden muss. Ich bin dabei skeptisch gegenüber der Forderung, ein Problem für *alle* zugleich zu regeln, eine »globale Lösung« anzustreben. Die Pro-Kopf-Emission an CO^2 liegt in den USA bei mehr als 20 Tonnen, in Deutschland bei etwa 9 und in Indien bei 0,9 Tonnen. Bei der Konferenz von Rio wurde von der »gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung« gesprochen. Deswegen

muss differenziert werden, wie z.B. im Kioto-Protokoll geschehen. Dort ist eine Zuordnung der Länder in zwei Gruppen vorgesehen, und ein Handel von Emissionsrechten soll nur innerhalb einer Gruppe möglich sein.

Die Europäische Gemeinschaft sollte in dieser Frage allerdings offen sein und auch Lösungen mittragen, die noch weiterentwickelt werden müssen. Wie die aktuellen Debatten über das Dosenpfand zeigen, gibt es Probleme, über die sich die Ansichten ändern können.

Publikum: Vor 30 Jahren erschien der Bericht des *Club of Rome*, dessen Zahlen inzwischen überholt sind, dessen Systematik aber noch gilt. Die Frage ist: Haben wir aus dieser Systematik gelernt? Geht die Schere zwischen dem, was sein sollte, und dem, was ist, nicht trotz aller Umweltbemühungen immer weiter auseinander? In Fragen eines Klimakollapses, in Fragen genmanipulierter Getreidesorten und anderer Pflanzen steht es 5 vor 12. Die Frage ist: Wie viel Zeit haben wir noch?

Bei etwa 6 Milliarden Menschen auf der Erde wären gerade 2 Tonnen CO²-Emission pro Kopf und Jahr ökologisch verträglich. Die ›weiße‹ Industriekultur stellt das Kapital in den Mittelpunkt. Im Fernsehen wird täglich von der Börse berichtet; ein *Wort zum Sonntag* gibt es dagegen nur einmal wöchentlich.

Müssen wir nicht eine neue Form des Wirtschaftens einführen, die an die natürlichen Ressourcen gekoppelt ist? Die Rede war von der Theorie der Nachhaltigkeit; wo bleibt die *Praxis* der Nachhaltigkeit? Ist es nicht ein *Handeln aus Vorsatz*, wenn gegen dieses Wissen gehandelt wird und nicht nur unsere Existenz, sondern die der Indianer in Mexiko und der Afrikaner aufs Spiel gesetzt wird?

Publikum: Experten sind der Ansicht, dass wir etwa noch 20 Jahre haben, um die Wasserproblematik des Planeten in den Griff zu bekommen. In Bezug auf die globalen Energiefragen gibt man uns noch bis zum Jahre 2015. Es gibt exponentielle Wachstumsraten in Bezug auf unseren Energiehunger und unseren Wasserverbrauch. Weder in Europa noch in der übrigen Welt handeln wir unserem Wissen entsprechend. Gibt es überhaupt eine Chance, noch rechtzeitig umzukehren?

Klaus Töpfer: Es hat bisher noch nie genügt, eine Katastrophe vorauszusagen, solange man nicht glaubwürdig die Menschen erreicht hat, die das betrifft. Sicher gibt es ein Vermittlungsproblem, bis Menschen daraus ihre eigene Betroffenheit und damit ihre Notwendigkeit zum Handeln ableiten können. Das bedeutet auch, den Menschen in den Entwicklungsländern eine Entwicklungsperspektive zu geben, Arbeitsplätze in Aussicht zu stellen, die ungeheure *Aids*-Pandemie zu bekämpfen. In Nairobi sind fast 35% der Menschen davon betroffen. Hier kann man sich nicht hinter den Argumenten des *Club of Rome* verstecken, sondern muss einen Weg finden, das dort Entwickelte umzusetzen. Als Ökonom habe ich gelernt, dass technologischer Fortschritt sich in unseren Gesellschaften dort konzentriert, wo Engpässe zu überwinden sind. Wo Wasser knapp wird, entwickeln sich andere

Verhaltensweisen. Wir sollten uns aber nicht in der Gewissheit wiegen, wir bräuchten uns keine Sorgen zu machen, irgendwas fiele uns schon rechtzeitig ein. Mich besorgt eher, dass wir zu wenig besorgt sind.

Publikum: Wie beurteilen Sie, Herr Töpfer, die Aussicht, dass sich irgendwann eine US-Regierung in die Verpflichtungen oder in einen Teil der Verpflichtungen des Kioto-Protokolls einbinden lassen wird? Und wozu würden Sie raten: die Klimaerwärmung zu stoppen oder anzufangen, höhere Deiche zu bauen?

Klaus Töpfer: Das Kioto-Protokoll kann global nur in Kraft treten, wenn hoch entwickelte Länder, die für insgesamt 55% der CO²-Emissionen verantwortlich sind, es ratifizieren. Die US-Amerikaner haben in der Gruppe der industrialisierten Länder einen Anteil von 35%; Russland von etwa 17%. Der Anteil aller Europäer, Japans und Kanadas erreicht zusammen nicht 55%. Deswegen ist es wichtig, dass eines dieser beiden Länder mit ratifiziert. Die Wahrscheinlichkeit, dass es Russland sein wird, ist derzeit höher, als dass wir eine entsprechende Entscheidung in Amerika bekommen. Die USA sind aber übrigens als viertes Land Mitglied der Konvention zum Klimaschutz geworden, der *United Nations Framework Convention on Climate Change* (UNFCCC) mit Sitz des Sekretariats in Bonn. Nicht die Problematik des Klimaschutzes wird von den USA in Frage gestellt. Vielmehr bezweifelt man dort, dass das Klimaprotokoll von Kioto die richtige Antwort darauf ist, und da müssen wir weiterhin in der argumentativen Auseinandersetzung bleiben. Das praktische Handeln darf deswegen in der Zwischenzeit aber nicht unterbleiben. Als Mitarbeiter der Vereinten Nationen will ich beherzigen, dass man mit Dialog und Gespräch weiterkommt als mit schlichter Konfrontation und Kritik. Es gibt weiterhin eine breite Zusammenarbeit mit den USA, die wir nicht nur zur Unterschrift unter das Protokoll bewegen müssen, sondern auch um des Einsatzes ihrer technischen Möglichkeiten willen brauchen.

Wir werden auf höhere Deiche nicht verzichten können. Die Natur hat einen relativ langen ›Bremsweg‹, wie wir an der Entwicklung der Ozonschicht erkennen können. Wir müssen Anpassungsstrategien entwickeln. Die Entwicklungsländer fordern massiv, wenigstens Chancen der Entwicklung zu erhalten, um sich anpassen zu können, denn sie können nichts reduzieren. Niemand auf dieser Welt bestreitet das Faktum, dass eine Klimaerwärmung existiert. Manche streiten darüber, ob dieser Klimawandel durch menschliches Handeln verursacht wurde oder nicht. Es gibt auch die Ansicht, dass dieser Prozess *nicht* vom Menschen verursacht ist. Aber dass sich die Temperaturen erhöhen, ist ein Faktum. Möglich, dass hier auf Basis unvollkommener Information entschieden werden muss. Dass wir mit Nachdruck weiter forschen werden, ist sicher.